

NACHRICHTEN

12 Terror-Touristen sind umgekommen

SCHWEIZ sda. Zwölf Dschihadreisende aus der Schweiz sind wohl tot. Bei sieben gilt dies als bestätigt – bei fünf weiteren nicht. Das zeigen Zahlen auf der Website des Nachrichtendienst des Bundes (NDB). Diese gibt auch Aufschluss über Rückkehrer: Zehn Personen sind in die Schweiz zurückgekehrt. Seit 2001 sind 66 Personen aus dschihadistischen Motiven aus der Schweiz ausgewandert, 52 davon nach Syrien oder in den Irak.

Breivik darf Politik studieren

NORWEGEN sda. Anders Behring Breivik ist an der Uni von Oslo zum Politikstudium zugelassen worden. Das bestätigte die Universität gestern. Es sei praktisch ausgeschlossen, dass der 36-jährige Rechtsextremist, der wegen eines Bombenanschlags in Oslo und eines Massaker auf der Insel Utöya im Juli 2011 eine 21-jährige Haftstrafe absitzt, das Bachelorstudium abschliessen wird. Fünf der neun Kurse des Studiums erfordern seine Anwesenheit an der Uni. Breivik sitzt aber in Einzelhaft.

Regierung erobert Aden zurück

JEMEN sda. Jemens Exilregierung hat die südliche Provinz Aden aus den Händen der schiitischen Huthi-Miliz zurückerobert. Das erklärte gestern Exil-Regierungschef **Chaled Bahah**. Die Huthi-Rebellen waren Ende März, unterstützt von Truppen von Ex-Präsident **Ali Abdullah Saleh**, in Aden eingedrungen. Augenzeugen sagten nun aber, dass die Rebellen noch immer den Adener Stadtteil Tawahi kontrollierten.

MH17: Neues Video aufgetaucht

UKRAINE sda. Ein Jahr nach dem Abschuss des Malaysia-Airlines-Jets über der Ostukraine ist gestern der 298 Opfer gedacht worden. Zudem wurde ein neues Video veröffentlicht, das prorussische Separatisten nach dem Absturz an der Unglücksstelle zeigt. Das mit der Aufklärung des Abstusses betraute Team hat den UNO-Sicherheitsrat um die Einsetzung eines internationalen Tribunals ersucht. Grossbritannien unterstützte diesen Vorschlag gestern.



Absturz: Das Video von der Absturzstelle sehen Sie auf www.luzernerzeitung.ch/video

Katholischer Anwalt des Teufels

GERHARD PFISTER Der Zuger CVP-Nationalrat eckt mit seinen Positionen immer wieder an – auch in der eigenen Partei. Dabei ist er ein klassischer CVPLer.

LUKAS LEUZINGER
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch

Als «Nachwuchskraft» wurde Gerhard Pfister von seinem Parteipräsidenten bezeichnet. Der Zuger Nationalrat sei ein valabler Kandidat für seine Nachfolge, sagte CVP-Chef Christophe Darbellay, der im April kommenden Jahres abtreten wird, kürzlich in einem Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung».

Gerhard Pfister schmunzelt über dieses Etikett. Nein, als Nachwuchskraft könne man ihn als 52-jährigen und mit zwölf Jahren Erfahrung im Nationalrat kaum bezeichnen, sagt er.

Kronfavorit hält sich bedeckt

Pfister sitzt in seinem Büro in Zug und überlegt, was er als Nächstes sagen soll. Beim Thema Parteipräsidium will er sich nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. Trotz der ermunternden Worte des Präsidenten. Und trotz der Tatsache, dass sein Name herumgereicht wird, wenn es um die Nachfolge Darbellays geht. «Gerhard Pfister ist Kronfavorit» titelte jüngst die «Schweiz am Sonntag».

Dass ihn die Aufgabe reizen würde, ist kein Geheimnis. Zwar sagte er noch im März in einem Interview, er schliesse eine Kandidatur aus. Inzwischen tönt es anders. «Ich werde mich dann entscheiden und äussern, wenn das Wahlverfahren eröffnet wird.» Seine damalige Aussage erklärt er damit, dass es ihm im März «wichtiger als heute» gewesen sei, «die Nachfolgediskussion überhaupt nicht aufkommen zu lassen».

Provokateur am rechten Rand

Zurückhaltung ist man sich von Gerhard Pfister nicht gewohnt. Normalerweise äussert er seine Meinung direkt und pointiert. Er liebt die politische Konfrontation. «Für mich wird es erst richtig spannend, wenn es Widerspruch gibt», sagt er. Widerspruch scheut er auch nicht gegenüber der eigenen Partei: Im Nationalrat politisiert er am äussersten rechten Rand der CVP-Fraktion und macht daraus keinen Hehl. So kämpfte er offen für die SVP-Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache», welche erreichen wollte, dass die Krankenkasse nicht mehr für die Kosten einer Abtreibung aufkommt. Zudem ist er Co-Präsident im Initiativkomitee «Zum Schutz der Privatsphäre». Das vom Banker und SVP-Nationalrat Thomas Matter lancierte Volksbegehren will das Bankgeheimnis in der Verfassung verankern; die CVP hat sich dagegen ausgesprochen.

Die Rolle als «Advocatus Diaboli», als Anwalt des Teufels, gefalle ihm, sagen Ratskollegen. Pfister: «Ich suche diese



Der Zuger Nationalrat Gerhard Pfister, hier im Konferenzzimmer seines Büros, wird als neuer CVP-Präsident gehandelt.

Bild Pius Amrein

Rolle nicht.» Er positioniere sich aber klar und stehe zu seiner Meinung. Mit einer Ausnahme: Er stelle sich nicht gegen Projekte von CVP-Bundesrätin Doris Leuthard, selbst wenn sie ihm missfielen.

Die Loyalität hat allerdings auch dort Grenzen. Beispiel Radio- und Fernsehgesetz (RTVG): Im Parlament stellte sich Pfister hinter die Gesetzesänderung, die Medienministerin Leuthard vertrat – was ihn nicht daran hinderte, für ein Buch, das mitten im Abstimmungskampf erschien, eine Polemik gegen das aus seiner Sicht selbstverklärende Gebaren der SRG zu schreiben.

Beispiel Energiewende: Als Parlamentarier trug er die Vorlage von Energieministerin Leuthard in der Wintersession mit. Kurze Zeit später schrieb er in einem Essay, die Energiewende habe «an Irrationalismus, Selbstüberschätzung und Technologiefeindlichkeit in der Schweizer Politik neue unrühmliche Massstäbe gesetzt».

Mitstreiter wie Gegner attestieren Pfister Scharfsinn und intellektuelle Brillanz. Der promovierte Germanist, der heute in der Führung von Privatschulen tätig ist, gilt als belesen und rhetorisch beschlagene. Im persönlichen Umgang empfinden

«Für mich wird es erst richtig spannend, wenn es Widerspruch gibt.»

GERHARD PFISTER

ihn viele jedoch als schwierig. Er wirke zuweilen arrogant, in seinen Äusserungen auch gegenüber Fraktionskollegen sei er nicht selten aggressiv, ja verletzend.

Pfister weist dies zurück. «Ich mag es, Auseinandersetzungen zu provozieren.» Dabei gehe es ihm stets um die Sache, nie um die Person, sagt er und geht zum Gegenangriff über: «Stilkritik ist manchmal schlecht getarnte inhaltliche Kritik.»

Katholisch und konservativ

Der Fakt, dass Pfister der Ruf des Rechtsauslegers innerhalb der CVP anhaftet, sagt vielleicht mehr über seine Partei aus als über ihn. Interessanterweise steht er in der Zuger CVP keineswegs am rechten Rand, sondern in der Mitte der Partei. Pfister, der aus einer CVP-Familie stammt, vertritt klassische Positionen der CVP, jener Partei, die sich einst Katholisch-Konservative nannte, heute aber weder katholisch noch konservativ sein will. Ganz im Gegensatz zu Gerhard Pfister, der beide Attribute mit Stolz trägt.

«Das Dilemma der CVP ist, dass sie eine Partei ist, die historisch aus Regionen und Milieus heraus gewachsen ist», sagt Pfister. Im Gegensatz etwa zu den Sozialdemokraten oder dem Freisinn ist die CVP nicht auf der Basis einer gemeinsamen Ideologie gewachsen. Die Politik der Katholisch-Konservativen basierte von Beginn weg auf der Vertretung einer einzigen Gruppe: der Katholiken. Entsprechend vielfältig sind die Strömungen innerhalb der Partei.

Mit der Abkühlung des Konflikts zwischen Freisinn und politischem Katholizismus verloren auch konfessionelle Unterschiede ihre Bedeutung. Die Katholisch-Konservativen benannten sich 1970 in Christlichdemokratische Volkspartei um und versuchten, neue Wählerschichten anzusprechen. Die Partei öffnete sich gegen links – und vergraulte damit ihre katholischen Stammwähler in den Hochburgen der ehemaligen Sonderbundskantone. Die heimatlos gewordenen Konservativen wanderten ab – ironischerweise zur protestantisch geprägten SVP.

CSU als Vorbild

Diese Wähler werden kaum zur CVP zurückkehren, das weiss auch Gerhard Pfister. Um den Abwärtstrend zu stoppen, müsse die Partei aber an Profil gewinnen, ist er überzeugt. Welches Profil wäre das? Pfister sieht die deutsche CSU als Vorbild, die ihr Programm mit den Schlagworten «liberal, sozial, konservativ» zusammenfasst und damit in Bayern seit Jahrzehnten dominierende Kraft ist.

Liberal, sozial, konservativ – so sieht Pfister die CVP. Er beginnt zu erklären, wie man die Partei organisatorisch besser aufstellen, Themen besetzen und langfristig denken müsste, um wieder an Einfluss zu gewinnen – und Pfister sagt auch: «Man muss schauen, dass, wenn man sich als Partei äussert, nicht gleich divergierende Meinungen kommen.» Zumindest einen Vorteil hätte Gerhard Pfister als Parteipräsident: Er müsste Gerhard Pfister nicht im Zaum halten.

Krankenkassen-Prämien steigen um bis zu 4 Prozent

GESUNDHEIT Schweizer Konsumenten drohen 2015 erneut höhere Krankenkassenprämien. Die Politik überrascht diese Entwicklung aber nicht.

Santésuisse, der Verband der Schweizer Krankenversicherer, hat die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen seit Anfang 2014 analysiert. Ihr Fazit: Während das Bundesamt für Statistik mit einem Rückgang der Teuerung um 1 Prozentpunkt rechnet, weisen die Gesundheitskosten in die andere Richtung: Wie Santésuisse mitteilt, ist für 2015 bei den Gesundheitsausgaben der obligatorischen Grundversicherung mit einem Kostenanstieg von 3,5 Prozent zu rechnen.

Insbesondere im ambulanten Arzt- und Spitalbereich mit einem Kostenvolumen

zu Lasten der obligatorischen Grundversicherung von über 14 Milliarden Franken – Medikamente mit eingerechnet – stiegen die Kosten mit voraussichtlich rund 5 Prozent überdurchschnittlich an, schreibt Santésuisse weiter.

Früher abgerechnet als gewöhnlich

Damit aber nicht genug: 2012 und im ersten Halbjahr 2013 ist die Zahl der Zulassungen für Spezialärzte stark gestiegen; erst ab Juli 2013 galt ein Zulassungsstopp. Vor allem Spezialärzte aus den kostenintensiven Bereichen Radiologie, Kardiologie, Urologie, Herzchirurgie und Orthopädie hätten noch vor dem Stopp ihre Tätigkeit aufgenommen, so Santésuisse. Dies schlage sich nun in stark gestiegenen Kosten nieder.

Die Analyse weise zudem aus, dass gewisse Positionen im Arzttarif Tarmed häufiger abgerechnet würden als früher. Das gelte besonders für die Position «Konsultation in Abwesenheit des Patienten», worunter im Wesentlichen das

Aktenstudium zu verstehen ist. Verena Nold, Direktorin von Santésuisse, sagt dazu, dass Aufwendungen dafür innert zweier Jahre um nicht weniger als 140 Millionen Franken gestiegen sind.

Stationäre Behandlung stabil

Widersprüchlich sieht es laut Santésuisse bei den ambulanten Arztbesuchen aus: Zwar stieg deren Zahl zwischen 2013 und 2014 um lediglich 1 Prozent. Weil jedoch der abgerechnete Betrag pro Arztbesuch bei den niedergelassenen Ärzten gestiegen ist, trübt sich das Bild hier gleichwohl: Ambulante Leistungen werden vollständig mit Prämiegeldern bezahlt, und deshalb schlagen diese Kosten auf das Portemonnaie der Versicherten durch.

Voraussichtlich stabil werden die Kosten hingegen im stationären Spitalbereich bleiben. Santésuisse nennt als Grund dafür, dass in mehreren Kantonen der Vergütungsanteil an den Fallpauschalen erhöht worden ist. Somit habe eine Ver-

lagerung der Kosten von den Prämien auf die Steuerzahler stattgefunden. Die beiden Zentralschweizer Krankenversicherer Concordia und CSS wollten die Analyse von Santésuisse auf Anfrage unserer Zeitung nicht kommentieren. Ausserdem waren die beiden Kassen nicht in der Lage, eine Prognose über den diesjährigen Prämienanstieg abzugeben, weil beide Institutionen laut eigenen Angaben die Prämienvorschlüsse erst Ende Juli dieses Jahres beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) einreichen müssen.

Keller-Sutter spricht von Fehlanreizen

In ersten Reaktionen zeigen sich Politikerinnen und Politiker «wenig überrascht» von den steigenden Gesundheitskosten. Sie seien «ganz allgemein ein Abbild unserer Anspruchshaltung, aber auch unserer älter werdenden Gesellschaft», sagt etwa Ständerätin Karin Keller-Sutter (FDP, St. Gallen). Dass die Kosten vor allem im ambulanten Bereich gestiegen sind, hat laut Keller-Sutter sei-

nen Grund «in einem klaren Fehlanreiz»: Während der stationäre Bereich der Spitäler von Kantonen und Kassen gemeinsam finanziert werde, gelte dies für den ambulanten Bereich nicht. Die Kassen trügen diese Kosten vielmehr allein. Dies führe zu Verlagerungen dorthin. Weil zudem die Kantone die Ambulatorien ständig aufstockten, hätten sie eine Mengenausweitung in Kauf genommen.

Dieser Meinung ist auch Nationalrätin Ruth Humbel (CVP, Aargau). Um dies zu korrigieren, habe die CVP einen Vorstoss lanciert, der bei der Nutzung von Spitalinfrastruktur nicht mehr zwischen ambulant und stationär unterscheidet. Humbel ist überzeugt, dass auf Dauer «kein Weg an der Steuerung der Behandlungskette vorbeiführe, wenn man die Kosten in den Griff bekommen wolle. Dies, obwohl sich das Volk gegen Managed Care ausgesprochen habe.

RICHARD CLAVADETSCHER
UND VASILIJE MUSTUR
schweiz@luzernerzeitung.ch